

Europa geht nur solidarisch

Wahlkampfauftakt zur Europawahl 2019

Am 26. Mai wird in Deutschland ein neues Europäisches Parlament gewählt. In der Europäischen Union sind insgesamt rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Von Finnland bis Zypern, von Rumänien bis Portugal stimmen die Menschen über die Kräfteverhältnisse im EU-Parlament ab.

DIE LINKE sagt JA! Ja zu Europa – aber nur solidarisch! Denn in der EU-Politik läuft vieles falsch. Wir wollen eine andere, eine bessere EU. Ja zu Europa heißt Ja zu einem Politikwechsel in der Europäischen Union. Wir zeigen was ist: teure Schönfärberei überlassen wir den anderen. Unsere Wahlkampagne hat Biss – und das kann manchmal weh tun: Wir überlassen Europa weder den Rechtspopulisten noch den Marktradikalen, sondern wir wollen die fortschrittlichen, sozialen und ökologischen Kräfte stärken. DIE LINKE kämpft für ein Europa, in dem die Menschen im Mittelpunkt stehen und das Klima aufatmen kann. Wir kämpfen für eine Demokratie, in der wir unsere Stimme nicht abgeben, sondern in der wir gemeinsam bestimmen, wie wir leben wollen. Wir haben Vorschläge, wie es besser, sozialer, ökologischer, gerechter geht.

DIE LINKE hat bei ihrem Parteitag in Bonn vor wenigen Wochen zwei Mal JA gesagt: Ja zu Europa und Ja zur radikalen

Veränderung der EU. Es braucht Entschlossenheit und den Willen, den Algorithmus der EU grundlegend zu ändern. Und es braucht beides: eine klare Vision der EU als solidarische Anwältin/Interessenvertretung der Menschen und des Klimas und ganz konkrete Maßnahmen, um dieser Vision jeden Tag ein Stück näher zu kommen.

Deshalb werden wir mit konkreten Forderungen, europaweite Mindestlöhne und eine Mindeststeuer für Großkonzerne und Millionäre einzuführen, in den Wahlkampf ziehen. Niemand versteht, warum Apple in Irland 50 Euro Steuern auf eine Million Euro Gewinn zahlte. Das ist ein Steuersatz von 0,005 Prozent. Die US-Kaffeehauskette Starbucks zahlte seit 2002 in Deutschland, und seit 2004 in Frankreich, einfach gar keine Steuern, während jedes kleine Café von den Finanzbehörden zur Kasse gebeten wird. Das muss sich dringend ändern.

Außerdem lehnen wir eine europäische Armee entschieden ab. Das macht im Übrigen den entscheidenden Unterschied zu den Grünen und auch zur SPD, die in weiten Teilen ihre sozialpolitischen Forderungen bei der LINKEN abgeschrieben hat. Wer wie die SPD Spitzenkandidatin Katharina Barley auf EU-Ebene JA zum Uploadfilter sagt und zugleich auf Demos GEGEN den Up-

in unserem Land leben im Osten, nur 1,7 Prozent der Spitzenpositionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur werden von Ostdeutschen besetzt. Die Bundesregierungen haben nicht nur das Versprechen der blühenden Landschaften im Osten nicht eingelöst, sondern vor allem keine gleichwertigen Lebensverhältnisse hergestellt. Manchmal hat man den Eindruck, als ob die Mauer noch stünde. Das Grundgesetz verlangt im Art. 36 Abs. 1 Satz 1: „Bei den obersten Bundesbehörden sind Beamte aus allen Ländern in angemessenem Verhältnis zu verwenden.“ Weder Bundestag noch Bundesregierung beherzigen diesen Artikel. Sie verletzen das Grundgesetz. In 11 von 14 Bundesmi-



Eines der neuen Plakate zur Europawahl.

loadfilter wettret muss eine sehr robuste Psyche haben.

Unsere Konzepte sind machbar, durchgerechnet und bezahlbar und weisen eine neue Richtung: eine gerechte Zu-

kunft. DIE LINKE startet von hier aus in den Wahlkampf. Wir sind eine aktive Mitglieder- und Bewegungspartei, hier machen die Mitglieder Politik. Sie machen mit und sie bestimmen mit. Wie Ihr wisst lehnen wir es ab, uns durch Großspenden aus Industrie, Wirtschaft oder auch von Privatpersonen sponsern zu lassen. Wir halten es für fragwürdig, umweltpolitische Maximalforderungen zu stellen und zugleich Schecks von Daimler und BMW entgegenzunehmen. DIE LINKE geht kämpferisch in diesen Wahlkampf. Sie werden in den kommenden Wochen erleben, dass man auch ohne das Sponsoring von Autokonzernen oder Industrie auskommt. Wir setzen auf die Überzeugungskraft guter Ideen und auf unsere zahlreichen engagierten Unterstützerinnen und Unterstützer vor Ort! Im Straßenverkehr mag es ruhig andersrum bleiben, aber in Europa gilt hoffentlich bald links vor rechts. Denn: Europa geht nur solidarisch!

nisterien gibt es keine einzige Abteilungsleiterin und keinen einzigen Abteilungsleiter aus dem Osten. Ganze 3 Ostdeutsche sind unter den 120 leitenden Beamtinnen und Beamten. Deshalb hat eine Ost-Quote ihre Berechtigung. Art. 36 Abs. 1 des Grundgesetzes ist eine zwingende Norm, bestätigt auch der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages. Wer die innere Einheit will, muss endlich gleiche Chancen und gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West, in Nord und Süd für Frauen und Männer und alle Bewohnerinnen und Bewohner, das heißt auch für die Menschen in und aus den neuen Bundesländern schaffen.



Gysi meint...

Ja zur Ost-Quote

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle hat jüngst den Zustand Deutschlands 30 Jahre nach dem Mauerfall analysiert. Die Schlussfolgerungen der Forscher kann man kritisieren, aber ihre Analyse ist klar: „Die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen des Landes sind noch immer teils erheblich. Ob Wirtschaftsleistung, Löhne, Zuwanderung oder Bildung: In vielerlei Hinsicht zeichnen die regionalen Muster nach wie vor die einstige Teilung zwischen DDR und alter Bundesrepublik nach.“ Etwa 16,8 Prozent der Menschen

Diese unpolitische Jugend

Solidarität mit den Klimastreikenden

Unter dem Motto „Fridays for future“, also „Freitags für die Zukunft“ gehen seit Wochen junge Menschen auf die Straße. In der Zeit, in der sie in der Schule sein sollten.

Reaktionär-konservative und selbsterklärte besorgte Bürger sehen das als mittelschweren Skandal an (man könne ja auch samstags demonstrieren), das ist aber nichts weiter als eine riesige Nebelkerze. Jahrzehnte lang wurde die Bildung kaputt gespart, die „Zeit“ berechnete, dass im Schuljahr 2016/17 circa 5,2% des gesamten Unterrichts ausgefallen sind. Hat keinen von denen interessiert. Doch als ich dachte, den stupidesten Versuch, sich nicht mit dem Thema auseinandersetzen zu müssen, gesehen zu haben, meldete sich Christian Lindner zu Wort. Der Vorsitzende der FDP, die 2017 mit dem Plakat „Schulranzen verändern die Welt. Nicht Aktentaschen“, zur Bundestagswahl angetreten ist, erklärte, man solle den Klimaschutz doch den „Profis“ überlassen. Welch eine kognitive Nullleistung, in der Schule würde man sagen: Thema verfehlt, Note 6.

Das wiederum haben mittlerweile über 23.000 Profis aus der Wissenschaft nicht auf sich sitzen lassen und ihre Solidarität mit den Klimastreikenden erklärt. Und gleich noch einen Forderungs- und Faktenkatalog nachgeschoben, der wie selbstverständlich ignoriert wird.

Diese Jugend wehrt sich, weil sie anders nicht mehr kann. Uns wird eine zerstörte Erde hinterlassen – und wenn diese Jugend an der Macht sein könnte, ist schon nichts mehr zu retten. Doch die Politik handelt an internationalen Abkommen und dem „gesunden Menschenverstand“ (Andi Scheuer) vorbei. Der Klimawandel muss jetzt bekämpft werden. Es ist in der seriösen Wissenschaft mittlerweile unumstritten: Der Klimawandel ist zum allergrößten Teil menschengemacht. Also sind wir auch diejenigen, die ihn aufhalten können. Also eher könnten. Wir Menschen brauchen diese Erde. Die Erde braucht uns Menschen nicht.

Diese Jugend lernt, außerhalb der Schule gerade für das Leben. Und all das, was ihnen aus der Bundesregierung entgegenschlägt, lässt sich so zusammenfassen: Dieser Jugend wird Politikverdrossenheit anerkennen. Ein Bärendienst für unsere Demokratie.

Doch auch wir alle sollten an dieser Stelle mal reflektieren: Wie gehen wir mit jungen Menschen um – Menschen, die zum Beispiel nicht die gesamte Historie der Sowjetunion im Kopf haben? Die ein kritisches Bild werfen, auf die Vergangenheit der DDR? Wie gehen wir mit Menschen um, die sich politisch noch nicht festgelegt haben? Und zwar sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Strukturen. In den BOen, am Stand. Im Freundes-, Bekannten- oder Familienkreis? Was ist geworden aus „handle nur so, wie du auch von anderen behandelt werden willst“, wie man

Foto: Elias Hildebrandt



es in der ersten Klasse lernt? Wo verläuft sie, die schmale Grenze zwischen erklären und belehren? Halten wir uns an das Motto „Aufklären statt Verbieten“ – das auch und gerade für eigene Gedankengänge gelten soll?

■ ■ Nico Rohland,

Mitglied des Bezirksvorstands.

Einer dieser politischen Jugend.



Informationsveranstaltung Kosmosviertel

Wir wollen, dass die Mieterinnen und Mieter darüber informiert werden, was die neuen Eigentumsverhältnisse bedeuten, wie sich die Mieten in Zukunft entwickeln werden und welche Entwicklungen sich die Wohnungsbaugesellschaft zukünftig im Kosmosviertel vorstellt.

Uwe Doering, stadtpol. Sprecher

linksfraktion-tk.de

DIE LINKE.
FRAKTION IN DER BVV

Der Hauptmann und der Berliner Verlag

Kultursenator widerspricht Pressedarstellung

Die Geschichte vom Hauptmann von Köpenick ist nicht nur im Bezirk Treptow-Köpenick eine wichtige Geschichte. Eine blättchen-Leserin machte uns nun aufmerksam, dass nach Angaben der Berliner Zeitung und des Kurier das Land Berlin Anfang März den Antrag eines CDU-Politikers ablehnte, die Hauptmannserzählung auf die Liste des nationalen Kulturerbes zu setzen. Begründung: Zu MILITARISTISCH! Die Zeitung zitiert weiter aus der Begründung, die Köpenickiade sei mit dem deutschen Kaiserreich und dem preußischen

Militarismus verbunden und nicht mehr zur Identifikation geeignet. Auch die Verwaltung des Kultursenators habe das Nein befürwortet.

Natürlich haben wir uns sofort mit dem Kultursenator in Verbindung gesetzt. Doch da hörte sich die Sache gleich ganz anders an.

„Der Militarismus-Vorwurf an unseren Hauptmann und die Köpenickiade ist schlicht Blödsinn. Es ist doch gerade der Kern der Geschichte, dass hier der preußische Kadavergehorsam so großartig unterlaufen wird, ihm so nachdrücklich der Spiegel vorgehalten wird“, so Daniel Bartsch, Pressesprecher des Senators. „Es gab leider ein Schreiben aus der Verwaltung, das diese genannte Sicht wiedergab – das haben wir leider vor dem Versand nicht gesehen, sonst hätten wir den Quatsch aufgehalten. Dass der Berliner Kurier allerdings nicht einmal bei uns nachgefragt hat, gleich das große Rad drehen wollte... spricht für sich“, so Bartsch.

Richtig ist allerdings, dass die Köpenickiade als historisches Ereignis keine kulturelle Ausdrucksform im Sinne des UNESCO-Übereinkommens zum immateriellen Kulturerbe ist. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, die vielfältigen Erinnerungen an den „Streich“ des Schusters Wilhelm Voigt und seinen Hauptmann hochzuhalten. ■ ■ kfo



BÜRGERFORUM

Mi, 10. April 2019, 18 Uhr
Bibliothek Schöneeweide
Michael-Brückner-Str. 9

DIE LINKE.

Zeitzeugen Kulturpark

Plänterwald / Spreepark gesucht!

Die Theatergruppe Grotest Maru sucht für ihr neues Projekt Berlinerinnen und Berliner sowie Berlin-Besucher, die den Kulturpark Plänterwald in Treptow (ab 1991 unter dem Namen Spreepark weitergeführt) besucht haben und über schöne oder skurrile, bedeutsame oder abseitige Erlebnisse und Begebnisse erzählen können.

Nähere Informationen: Ursula Maria Berzborn,

mail: grotestmaru@grotest-maru.de / tel: 0179 2058948 / 030 76745322



AfD hat Angst vor „Schnüffel-Fiebel“

Stadtrat Klemm (LINKE) weist Zensurversuch deutlich zurück

X Wenn die AfD nicht gerade gegen Minderheiten aufstachelt oder versucht, die anderen Verordneten in der Bezirksverordnetenversammlung zu provozieren, dann hat sie vor allem eines: Angst. Angst davor, sie könnte im parlamentarischen Prozess zu kurz kommen, Angst, ihr könnte irgendetwas weggenommen werden oder auch Angst davor, bespitzelt zu werden. Anders lässt sich der AfD-Antrag, keine „Schnüffel-Fiebel“ an Kindergärten zu verteilen, kaum erklären. Angst ist aber selten ein guter Ratgeber, wenn es darum geht, Themen möglichst objektiv zu erfassen und zu bewerten. So sieht AfD-Fraktionsvorsitzender Bertram folglich eine „Bespitzelung der Kinder durch den Staat“, wie er in der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung im März öffentlich verkündet. Gelesen scheint er die kritisierte Broschüre „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ der Amadeu-Antonio-Stiftung indes nicht zu haben, wie auch Ana-Maria Trasnea, jugendpolitische Sprecherin

der SPD, feststellt. Die Broschüre soll Erzieherinnen und Erziehern dabei helfen, mit besonderen Situationen im Kindergarten umzugehen. Es geht dabei um Fragen wie: Was sollte man tun, wenn ein Kind plötzlich nicht mehr mit „Asylantenkindern“ spielen will oder Hakenkreuze malt? Die Handlungsvorschläge der Broschüre enthalten indes keine Anleitung zum „Schnüffeln“, wie die aufgeregte AfD vermuten lässt. So soll etwa das diskriminierte Kind geschützt werden und erfahren, dass es keine Schuld dafür trägt, heißt es in der Broschüre. In Gruppengesprächen solle deutlich werden, „kein Kind darf mutwillig verletzt, abgewertet und ausgeschlossen werden. Grundsätzlich darf jedes Kind so sein, wie es ist – wenn es mit seinem Verhalten andere nicht verletzt oder begrenzt. Wichtig ist ein solidarisches, also sich gegenseitig unterstützendes Miteinander“, heißt es dort. „Wenn das keine Handlungsgrundsätze sind, die auch die AfD vertreten kann, dann sollten wir uns wirklich die Frage

stellen, ob diese Fraktion noch auf dem Boden des Grundgesetzes steht“, so Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Während die AfD Fraktion der Debatte in der BVV kaum folgt und stattdessen mit Zwischenrufen stört, fasst der angesprochene Jugendstadtrat Gernot Klemm (DIE LINKE) zusammen: „Wir haben ausführlich im Jugendhilfeausschuss diskutiert. Diese Broschüre ist eine von vielen und ein Beitrag zur Debatte. Die Kitas selber müssen entscheiden, mit welchen Broschüren sie arbeiten. Was die AfD fordert ist etwas, was ich nie wieder haben will: Sie fordern eine Vorgabe des Bezirksamtes für Kitas. Das ist Zensur, was sie hier fordern, und das wird in diesem Bezirksamt nicht passieren“. Wer sich selbst ein Bild machen möchte, kann die inzwischen vergriffene Broschüre bei der Stiftung herunterladen oder diesen Link benutzen:
<http://gleft.de/2MR>

● Joseph Rohmann



Beschlossen

- VIII/0629** Kindgerechte Umkleidekabinen in den Schwimmhallen (DIE LINKE)
- VIII/0651** Artothek bekannter machen (DIE LINKE, SPD, B90/Grüne)
- VIII/0671** Das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park endlich barrierefrei (CDU)
- VIII/0676** Zusammenarbeit mit Nachbarbezirken für touristische Potenziale (DIE LINKE)
- VIII/0690** Informationsveranstaltung für das Kosmosviertel (SPD, DIE LINKE)
- VIII/0691** Diesel-Fahrverbote vermeiden – Gesundheit von Bürgerinnen und Bürgern schützen (Ausschussantrag)
- VIII/0698** Bauvorhaben für die Freiwilligen Feuerwehren forcieren (SPD, DIE LINKE, Beitritt: CDU)
- In die Ausschüsse überwiesen:**
- VIII/0693** Müggelturm barrierearm erschließen (SPD, DIE LINKE)
- VIII/0696** Haushalt des Fachbereichs Grün stärken (B90/Grüne, DIE LINKE)
- VIII/0699** Fußgängerüberwege instand setzen (DIE LINKE, SPD)
- VIII/0702** Keine Chance für Vampire – hier kommt die Knoblauchkröte (B90/Grüne, DIE LINKE)
- VIII/0703** Kindertagespflege stärken: Großtagespflegestellen sind keine Zweckentfremdung (SPD, DIE LINKE)
- VIII/0704** Schloßplatz Köpenick reparieren (DIE LINKE, SPD)
- VIII/0707** Gehweg in der Chris-Gueffroy-Allee verbessern (B90/Grüne, DIE LINKE)
- VIII/0710** Fahrradinfrastruktur mit Umlandgemeinden entwickeln (DIE LINKE, SPD)
- VIII/0713** Fußweg am S-Bahnhof Rahnsdorf wiederherstellen (DIE LINKE)
- VIII/0716** Wiederaufstellung der BVG-Wartehäuschen (DIE LINKE)

Kurze Beine, sichere Wege

Mehr Überquerungshilfen für Eichhörnchen

I Für die einen ist es ein einfaches Seil, für die anderen kann es Leben retten. Eichhörnchen hilft ein solches Seil maßgeblich bei der Überquerung von Straßen. Mit der 2014 umgesetzten Überquerungshilfe am Müggelseedamm ging der Bezirk einen ersten Schritt. Die Ergebnisse dieses Pilotprojekts sind positiv, und es ist daher an der Zeit zu prüfen, die Tierschutzmaßnahme auszuweiten. Das Bezirksamt sieht zudem die Möglichkeit und Notwendigkeit, an weiteren Stellen im Bezirk Überquerungshilfen zu etablieren. Deshalb haben DIE LINKE, SPD und B'90/Grüne jetzt einen gemeinsamen Antrag in die BVV eingebracht, zu prüfen, an welchen Stellen im Bezirk Überquerungshilfen von Straßen für Eichhörnchen zusätzlich zum bestehenden Seil in Friedrichshagen sinnvoll wären. Hierbei sollten kompetente Partner mit hinreichender Erfahrung bei der Findung von geeigneten Stellen einbezo-

gen werden. An den identifizierten konkreten Stellen sollen die „Eichhörnchenseile“ baldmöglichst errichtet werden.



Eichhörnchenseil am Müggelseedamm.

Personalmittel selbst einteilen

Die Schulen haben die Möglichkeit, drei Prozent ihrer Personalmittel über die Personalkostenbudgetierung selbst einzuteilen. Sie können damit etwa Vertretungspersonal bezahlen und Unterrichtsausfälle vermeiden. Diese Möglichkeit gilt derzeit allerdings ausschließlich für Lehrkräfte. Ausfallende Erzieherinnen und Erzieher, etwa im Hortbereich, können so nicht vertreten werden. Die Fraktion DIE LINKE beantragte nun in der BVV, dass in Treptow-Köpenick eine Personalkostenbudgetierung künftig auch für Stellen von Erzieherinnen und Erziehern an den Grund- und Gemeinschaftsschulen ermöglicht wird. „Die Schulen sollten die Möglichkeit bekommen, in ihrer Selbstverwaltung auch darüber zu entscheiden, ob sie die zur Verfügung stehenden Finanzmittel auch für die Vertretung von Erzieherinnen und Erziehern einsetzen möchte“, erklärt Heike Kappel, Antragstellerin aus der Fraktion.



Foto: Joseph Rohmann

Mellowpark wird BMX Bundesstützpunkt

Großartiger Erfolg für den Bezirk



Senat und Abgeordnetenhaus unterstützen die Errichtung eines Bundesstützpunktes BMX im Mellowpark mit 385.000 Euro aus Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds. Das hat der Hauptausschuss am Mittwoch beschlossen. „Das ist ein großartiger Erfolg für den Bezirk und die Sportlerinnen und Sportler im Mellowpark“, freut sich Carsten Schatz, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Mitglied im Hauptausschuss, über den Beschluss. Damit könne nun endlich die erfolgreiche Arbeit des Mellowpark auch für die weitere Zukunft sichergestellt werden.

Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick setzt sich schon seit Jahren für den Mellowpark ein. Zuletzt forderte ein Interfraktioneller Antrag von SPD, DIE LINKE und B90/Grüne das Bezirksamt auf, sich beim Senat für die nun beschlossene Finanzierung des Aufbaus eines Landes- und Bundesstützpunktes BMX einzusetzen. „Dieses Bemühen war nun offensichtlich erfolgreich. Das Bezirksamt hat aber auch weitere Maßnahmen zur langfristigen Sicherung des Mellowparks eingeleitet, die wir sehr begrüßen“, so Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick. So habe das Bezirksamt die Finanzierung von notwendigen Baugut-

achten übernommen sowie die Begleitung und Unterstützung für die Erstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet. „Ohne diese Ressourcen des Bezirksamtes wäre die Weiterentwicklung des Mellowparks gefährdet, ein Bundesstützpunkt gar nicht denkbar gewesen“, so Doering. „Nicht nur die Sportlerinnen und Sportler, welche die einmaligen und nun wachsenden Angebote des Mellowparks wahrnehmen können, sind zu beglückwünschen. Auch die Nachwuchsarbeit ist an diesem Standort durch die aktive und unmittelbare Partnerschaft mit dem Kinder- und Jugendprojekt All Eins, optimal gewährleistet. Kinder und Jugendliche erhalten hier in Treptow-Köpenick die bundesweit einmalige Gelegenheit, sich direkt für diese beliebten Sportarten wie BMX, Skateboarding und Basketball auch leistungsorientiert zu begeistern und zu trainieren. Gleichzeitig kommt die selbstbestimmte Freizeitgestaltung an diesem jugendkulturellem Knotenpunkt nicht zu kurz!“, so Karin Kant, Sprecherin für Jugend der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick.

Die beschlossene Finanzierung des Senats sei ein Erfolg auf ganzer Linie für Kinder und Jugendliche, den BMX Leistungssport, den Mellowpark, den Bezirk und die gesamte Stadt Berlin, sind sich alle drei Parlamentarier einig.

● jro

Sichere Radwegauffahrt muss geschaffen werden

Auch über künftige Verkehrsführung nachdenken



Die Eisenbrücke ist nach der Entdeckung eines großen Risses halbseitig gesperrt. Auf der verbliebenen westlichen Seite müssen die verschiedenen Verkehrsarten eng zusammenrücken. Durch Verschwenkungen der Spuren können aber gefährliche Situationen für Radfahrende entstehen. Die Fraktion DIE LINKE fordert nun in einem Antrag in der BVV, sich für eine sichere Gestaltung der provisorischen Radwegauffahrt hinter der Eisenbrücke Richtung Treptow einzusetzen. „Diese Stelle, an der der provisorische Radweg vom Fußweg wieder auf die Straße geleitet wird, ist zwar von Warnbarken markiert und geschützt, diese verschieben sich jedoch und verringern den Schutzbereich. Daher sollten diese Barken gegen Verrutschen gesichert werden“, so André Schubert, Sprecher für Verkehrspolitik. Weiterhin müsse die Verkehrsverwaltung auch über die künftige Verkehrsführung nachdenken, wenn im Zuge des Neubaus der Brücke der östliche Brückenteil für Radfahrende und Zufußgehende gesperrt würde.

Die Fraktion DIE LINKE in der BVV setzt sich dafür ein, die Fahrradinfrastruktur mit dem Umland zu entwickeln. In einem Antrag wurde das Bezirksamt ersucht, mit den Umlandgemeinden deren Bedarfe für Fahrradwege und Radabstellanlagen im Bezirk und deren Finanzierung zu erörtern und gegebenenfalls in die eigene Planung einfließen zu lassen. Viele Menschen aus dem Brandenburger Umland nutzen den öffentlichen Nahverkehr, um schnell und unkompliziert zum Arbeiten oder Einkaufen nach Berlin zu kommen. Die Bahnhöfe können manchmal, aber eben nicht immer, schnell mit dem Rad erreicht werden. Am Bahnhof Rahnsdorf zum Beispiel fehlen Fahrradabstellanlagen und benutzbare Radwege. „Die Umlandgemeinden haben ebenfalls ein Interesse daran, dass sie besser an das Radwegenetz in Berlin angebunden werden. Zusammen mit diesen sollten daher Finanzierungen und Planungen ausgehandelt werden“, so Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender und Antragsteller.

Fahrradinfrastruktur Umland entwickeln

Schnell und unkompliziert nach Berlin kommen



Die Fraktion DIE LINKE in der BVV setzt sich dafür ein, die Fahrradinfrastruktur mit dem Umland zu entwickeln. In einem Antrag wurde das Bezirksamt ersucht, mit den Umlandgemeinden deren Bedarfe für Fahrradwege und Radabstellanlagen im Bezirk und deren Finanzierung zu erörtern und gegebenenfalls in die eigene Planung einfließen zu lassen. Viele Menschen aus dem Brandenburger Umland nutzen den öffentlichen Nahverkehr, um schnell und unkompliziert zum Arbeiten oder Einkaufen nach Berlin zu kommen. Die Bahnhöfe können manchmal, aber eben nicht immer, schnell mit dem Rad erreicht werden. Am Bahnhof Rahnsdorf zum Beispiel fehlen Fahrradabstellanlagen und benutzbare Radwege. „Die Umlandgemeinden haben ebenfalls ein Interesse daran, dass sie besser an das Radwegenetz in Berlin angebunden werden. Zusammen mit diesen sollten daher Finanzierungen und Planungen ausgehandelt werden“, so Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender und Antragsteller.

Am 24.3. fand die vom Netzwerk Fahrradfreundliches Treptow-Köpenick organisierte Fahrraddemo für eine Fahrradhauptstraße zwischen dem Mauerradweg und der TVO in Spindlersfeld statt. Die 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten angeregt über die Möglichkeiten zur Überwindung der zahlreichen Hindernisse wie Bahndämme und Hauptverkehrsstraßen.

Foto: www.diefotografen.de



Am 24.3. fand die vom Netzwerk Fahrradfreundliches Treptow-Köpenick organisierte Fahrraddemo für eine Fahrradhauptstraße zwischen dem Mauerradweg und der TVO in Spindlersfeld statt. Die 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten angeregt über die Möglichkeiten zur Überwindung der zahlreichen Hindernisse wie Bahndämme und Hauptverkehrsstraßen.





Foto: Carmen Bremer

Mit Roller und Rollator: Hände weg vom Dammweg

Mit wort- und tongewaltiger Unterstützung



Auf die kurze Formel „Hände weg vom Dammweg“ verständigte sich eine Initiative zur Ablehnung der Ausbaupläne für den Dammweg im Plänterwald. Sicher benötigt der neue Kunst- und Kulturpark und das Eierhäuschen eine Wirtschaftszufahrt und sicher sollen behinderte Personen auch am Ort parken können. Aber das alles leistet der Dammweg in seiner jetzigen Breite vom 4,50m ohne

Bordsteinkanten und Kanalisierung. Die Absicht zum Ausbau des Dammweges empört zunehmend die Menschen aus Plänterwald, Treptow-Köpenick und viele Bürger*innen aus ganz Berlin. Deshalb wurde am 23. März vor Ort demonstriert. Mit wort- und tongewaltiger Unterstützung durch den Liedermacher Karl Nümmes kam Feierstimmung auf im Dammweg, als die Demo loszog: Roll'n wir uff'm Damm mit Roller und

Rollator: Das finde ich toll! Und wir singen: Hände weg! Hände weg! Hände weg vom Dammweg! Es wurden immer mehr und am Ende waren es mehr als 300 Teilnehmer*innen. Darunter auch Mitglieder der LINKEN, die auch im Vorfeld bei der Organisation tatkräftig zugepackt hatten. Aus der BVV kam eine Resonanz nur von den Bündnisgrünen und der Linken, von SPD und CDU kam nichts.

Vor den Kleingärten der Anlage „Rathaus Treptow“ (Mitorganisatoren) fand dann ein Abschlussmeeting statt. Die Bürgerinitiative Pro Plänterwald, die Gärtner und die Waldschule sprachen über ihre spezifischen Besorgnisse und Erfahrungen beim Eintreten für den

Landschaftsschutz. Jacob Zellmer begrüßte die Demo im Namen der Bündnisgrünen aus der BVV von Treptow-Köpenick. Abschließend sprach Katalin Gennburg, die Wahlkreisabgeordnete der LINKEN im Abgeordnetenhaus, die Wert darauf legte, den Spreepark als öffentlichen Raum mit freier Zugänglichkeit zu gestalten. Die Fraktion DIE LINKE hatte nach Beratung mit Grün Berlin GmbH im vergangenen Jahr unter Berücksichtigung der Wünsche der Anwohnerinnen und Anwohner einen Änderungsantrag eingebracht, der im Kulturausschuss einstimmig beschlossen wurde. Darin wurde u.a. gefordert, dass der Dammweg nur für die Erschließung des Eierhäuschens durch Lieferverkehr, Individualverkehr von Menschen mit Behinderungen genutzt wird und gleichzeitig Fahrradfahrenden und Zu Fuß Gehenden über den Dammweg sowohl der Zugang zum Spreepark als auch zum Eierhäuschen durch entsprechende Zuwegung gewährt wird sowie der Ausbau des Dammweges auf die Nutzung für den Lieferverkehr vom und zum Eierhäuschen (ohne Verbreiterung des Dammweges für Gegenverkehr) und die Sicherheit der Radfahrenden und Zu Fuß Gehenden begrenzt wird.

● Manfred Mocker und Werner Stenzel

Feuerwehr ist zufrieden

Einigung über neue Standorte am Müggelsee

Mit einem offenen Brief hatten sich die Freiwilligen Feuerwehren von Treptow-Köpenick an das Bezirksamt gewandt.

Die Unzufriedenheit nach jahrelangen Sparmaßnahmen, mit maroden Gebäuden und fehlenden Grundstücken wurde

unüberhörbar. Die Suche nach neuen Standorten gestaltete sich schwierig, da unterschiedliche Belange, insbesondere in Bezug auf Naturschutz, einbezogen werden müssen. DIE LINKE stellte daraufhin gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Antrag an die BVV, in dem das Be-

zirksamst ersucht wird, „schnellstmöglich die naturschutzrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit den Neubauvorhaben der Freiwilligen Feuerwehren in Müggelheim, Schmöckwitz und Wilhelmshagen zu klären und Perspektiven aufzuzeigen, wie die Bauvorhaben an den vorgesehenen Standorten realisiert werden können“. „Konkrete Zeitpläne und verbindliche Zusagen sind nötig, damit die Feuerwehren auch für die Zukunft gesichert werden“, so Philip Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. Jetzt geben die Feuerwehren Entwarnung. Nach einem Ortstermin und weiteren Sitzungen, zuletzt unter Leitung des Innensenators, sei es gelungen, Einigung sowohl mit Berliner Forsten als auch mit der Unteren Naturschutzbehörde zu erreichen. In Schmöckwitz ist die Verlegung der Wasserleitung geklärt, die Planer werden dabei den Erhalt möglichst vieler naturschutzrelevanter Bäume berücksichtigen. In Müggelheim hat die untere Naturschutzbehörde ein Gelände von 2500 qm freigegeben, das aber ungünstig geschnitten ist. Nun versuchen die Planer, dort eine Variante unterzubringen. In Wilhelmshagen gibt es gegen das Grundstück keine naturschutzrechtlichen Bedenken. Die Planer werden den Altbestand der Bäume nach Möglichkeit erhalten. Somit, so die Feuerwehr, seien die Grundvoraussetzungen für den weiteren Dienstbetrieb vorerst gegeben.

Kiezkassen



Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) des Bezirks Treptow-Köpenick hat auch für das Jahr 2019 Gelder für Kiezkassen in allen Bezirksregionen des Bezirks bereitgestellt. Die zuständigen Kiezpaten laden Bürgerinnen und Bürger ein, um gemeinsam über die Verwendung der bereitgestellten Gelder zu beraten. Die nächsten Termine und die zur Verwendung stehenden Gelder sind hier aufgeführt.

KIEZKASSE	TERMIN	ORT	SUMME
Kiezkasse Altstadt Köpenick / Kietzer Vorstadt	08.04.2019 18.30 Uhr	Rathaus Köpenick Ratssaal in Alt-Köpenick 21	2.800 Euro
Kiezkasse Köpenick-Süd	09.04.2019 18 Uhr	Kietz-Klub-Köpenick Köpenzeile 117	4.400 Euro
Kiezkasse Altglienicke	09.04.2019 18 Uhr	Familienbegegnungszentrum, Altglienicke, Köpenicker Str. 42,	9.900 Euro
Kiezkasse Grünau	09.04.2019 18 Uhr	Bürgerzentrum Grünau Wassersportallee 34	2.600 Euro
Kiezkasse Schmöckwitz / Karolinenhof Rauchfangswerder	09.04.2019 19 Uhr sowie 07.05.2019 19 Uhr	Segelclub Seddin, Am Seddinsee 13, 12527 Berlin-Schmöckwitz	2.600 Euro
Kiezkasse Köpenick-Nord	11.04.2019 18 Uhr	Charlotte-Rose-Haus, Mahlsdorfer Straße 48	4.700 Euro
Kiezkasse Spindlersfeld/ Köllnische Vorstadt	09.05.2019 18.30 Uhr	Stadtteilzentrum Campus Kiezspindel, Rudower Straße 37/39	4.000 Euro

In der Kiezkassentabelle im vergangenen Monat sind leider einige Angaben durcheinander geraten. Wir bitten um Entschuldigung. Die Daten finden sie auch aktuell auf der Internetseite des Bezirksamtes www.treptow-koepenick.de

Es gibt noch keinen Bauantrag

Müggelturm-Eigentümer ist jetzt am Zug

In der März-Ausgabe berichteten wir über die Pläne für den Müggelturm und den Antrag der Fraktion DIE LINKE und der SPD dazu. Eine Journalistin fragte daraufhin bei der Fraktion an, wie die Position „Müggelturm barrierearm erschließen“ zu verstehen sei. Uwe Döring, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion, antwortete wie folgt:

Zunächst sei bemerkt, dass ich über das Agieren des Eigentümers vom Müggelturm etwas verärgert bin. Er kommuniziert seine Entwürfe zu einem barrierearmen Zugang zum Müggelturm über die Medien bzw über von ihm organisierte Veranstaltungen. So haben ich und andere Mitglieder der Linksfraktion über die Medien wahrgenommen, was der Eigentümer plant und dass es inzwischen mindestens zwei Entwürfe gibt. Am Mittwoch habe ich im Rahmen der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses Herrn Hölmer gefragt, ob der Eigentümer inzwischen einen Bauantrag eingereicht hat, zu dem sich das Amt und auch die BVV verhalten können. Herr Hölmer bestätigte, dass bisher kein Bauantrag eingegangen ist. Und da fängt das Problem für Verwaltung und Verordnete an. Es werden zwar öffentlich Vorschläge und Entwürfe diskutiert,

zu denen sich Amt und BVV verhalten sollen, aber es gibt keinen Antrag und keinen verwaltungsinternen Vorgang, auf den sich Verwaltung und Verordnete beziehen oder zu dem sie sich äußern könnten.

Vor diesem Hintergrund ist aus Sicht der Linksfraktion der Antrag entstanden. Da schon einmal ein Entwurf diskutiert wurde – Aussenaufzug am Müggelturm –, können wir in etwa voraussehen, wie sich die Denkmalschutzbehörde zu den in der Öffentlichkeit bekannten Entwürfen verhalten könnte. Offensichtlich ahnt das auch der Eigentümer, da sein Agieren sonst nicht zu erklären ist.

Wir wollen mit dem Antrag deutlich machen, dass wir den Gedanken eines barrierearmen Zugangs zum Müggelturm für Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, unterstützen. Solch ein Zugang sollte auch unter den Bedingungen des Denkmalschutzes möglich sein. Der Antrag spricht sich bewusst nicht für ein Modell bzw. eine Variante aus. Das ist ja auch erst möglich, wenn von Herrn Gothe entsprechende Bauanträge gestellt werden. Erst dann kann die Verwaltung prüfen, was unter den Vorgaben des Denkmalschutzes möglich ist und was nicht. Auf dieser Grund-

Grafik: Joshua Fehrenz



lage sollte das Bezirksamt gemeinsam mit Herrn Gothe ein Modell entwickeln, das den Gedanken der barrierearmen Mobilität und die Vorgaben des Denkmalschutzes vereint. Dazu müsste allerdings Herr Gothe auch einmal mit den entsprechenden Ämtern kommunizieren und ggf. entsprechende Anträge stellen.

Sprechstunde
stellv. Bezirksbürgermeister
und Leiter der Abteilung Soziales
und Jugend Gernot Klemm
Di., 23.4.2019, 16–17.30 Uhr
Groß-Berliner Damm 154,
12489 Berlin, Raum 122.
Anmeldung telefonisch unter
(030) 90297-6100

Demokratie hautnah erleben: Im Wahllokal mithelfen!

Bezirk sucht dringend noch Wahlhelfer



Die Landeswahlleiterin bittet um Veröffentlichung folgender Information:

Am 26. Mai werden rund 21.000 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer die Europawahl im Wahllokal oder bei der Briefwahl organisieren. 17.000 Personen sind schon dabei, rund 4.000 fehlen noch. Auch im Bezirk Treptow-Köpenick werden noch Wahlhelfer, vor allem für Briefwahlbezirke, gesucht.

Wer bei den Wahlen helfen möchte, kann sich auf der Internetseite der Landeswahlleiterin, www.wahlen.berlin.de, anmelden. Dort gibt es auch weitere Informationen.

Gesucht werden derzeit vor allem Wahl-

helfende für die Auszählung der per Briefwahl abgegebenen Stimmen sowie Vorsteherinnen und Vorsteher sowie Schriftführerinnen und Schriftführer in den Wahllokalen.

Die Arbeit setzt kein besonderes Fachwissen voraus. Die notwendigen Kenntnisse vermittelt das Schulungsmaterial oder eine ein- bis zweistündige Schulung. Voraussetzung für die Tätigkeit ist die Wahlberechtigung zum Europäischen Parlament, das heißt, man muss das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsbürgerschaft oder die eines anderen EU-Landes besitzen. Es können auch Personen helfen, die nicht in Berlin wohnen.

Für die Tätigkeit im Wahllokal gibt es ein so genanntes Erfrischungsgeld von 50 Euro; wer bei der Briefwahl mithilft, erhält 35 Euro. Wahlhelfende aus dem öffentlichen Dienst, denen Freizeitausgleich gewährt wird, erhalten ein Erfrischungsgeld in Höhe von 30 Euro oder im Briefwahlvorstand von 25 Euro.

Versorgung mit Schule muss gesichert werden

Auf dem ehemaligen Güterbahnhof in Köpenick sind zahlreiche Entwicklungen geplant. Ein ganzes neues Stadtviertel mit etwa 1700 Wohnungen und Gewerbe wird dort in den nächsten Jahren entstehen. Dafür muss aber auch die Versorgung mit Schulplätzen, Kitas und sozialer Infrastruktur gesichert werden. „Bei den Planungen für dieses Gebiet sollte auch eine Gemeinschaftsschule mitgedacht werden. Diese Schulform erfreut sich immer stärkerer Beliebtheit, ist aber im östlichen Teil von Treptow-Köpenick bisher nicht vertreten“, erklärt Johann Eberlein, Sprecher der Linksfraktion für Schulpolitik. Statt separater Grund- und Sekundarschulen könne hier ein Gesamtschulkonzept von Grund auf gedacht werden, inklusive besonderer Bedarfe für diese Schulform. Einen entsprechenden Antrag, im Stadtquartier ehemaliger Güterbahnhof Köpenick eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe zu errichten, stellte jetzt die Fraktion DIE LINKE in der BVV.

KONTAKT

Fraktion in der BVV
Rathaus Treptow, Raum 205
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin
Tel. / Fax (030) 533 76 07
Telefon (030) 902 97 41 61
mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechzeiten:

Mo, Mi, Do 15.00 – 18.00 Uhr
Dienstag 12.00 – 17.00 Uhr
Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

www.linksfraktion-tk.de

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion
DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Anja Boensch, Bernhard Brügger, Edith Karge,
Helga Pett, Joseph Rohmann
Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der
BVV Treptow-Köpenick,
Redaktion Aus dem Rathaus,
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.
Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. März 2019.
Redaktionsschluss für Ausgabe Mai: Di 23.4.19
Ausgabebetrag blättchen 250: Do. 2. Mai 2019

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Mittwoch 10.4.19 von 12–18 Uhr

im Bürgerbüro Gregor Gysi,
Brückenstraße 28 in 12439 Berlin.
Anmeldungen bitte bei
André Schubert unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg

Bürger*innensprechstunde:

Mo 8. April 14.30 – 16.30 Uhr

Sozial- / Hartz IV-Beratung:

Di 16. April 16–18 Uhr

Mietrechtsberatung:

Di 16. April 18–20 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg
„Die Quelle“, Moosdorfstraße 7–9
Anmeldung bitte vorab per email unter
buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Carsten Schatz, MdB

Donnerstag, 2.5. von 17–19 Uhr

Bürgerbüro Carsten Schatz,
Friedrichshagener Straße 1a.

Stefanie Fuchs, MdB

Mi, 10.4. und Mi 24.4.

jeweils 10 – 11.30 Uhr

Bürgerbüro Allendeweg 1, 12559 Berlin
Anmeldung nicht erforderlich.

Das blättchen ist nicht umsonst

DIE LINKE erhält als einzige im Bundes- tag vertretene Partei keine Spenden von Unternehmen und akzeptiert nach ihrer Satzung auch grundsätzlich keine. Die politische Arbeit finanziert DIE LINKE aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und der staatlichen Parteienfinanzierung. Die Herstellung einer Ausgabe des blättchens kostet ca. 900 Euro. Wenn Sie dieses Angebot schätzen und unterstützen möchten, helfen Sie mit einer Spende, es aufrecht zu erhalten: DIE LINKE Berlin
IBAN: DE59100708480525607803
BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG
Verwendungszweck:
Spende Treptow-Köpenick,
Ihre Anschrift angeben
Auf Wunsch erhalten Sie im Folgejahr von der Geschäftsstelle eine Spenden- bescheinigung zur Vorlage beim Finanzamt.

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei
DIE LINKE. Treptow-Köpenick

Redaktion: Karl Forster (verantwortlich),
Anja Boensch, Bernhard Brügger, Edith Karge,
Helga Pett, Joseph Rohmann

Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick,
blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.

Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht
unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen
von Artikeln und Leserbriefen vor.

Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. März 2019.

Die nächste Ausgabe „Aus dem Rathaus“ erscheint am
Do. 2. Mai. 2019. Redaktionsschluss dafür: 23.4.19

Das blättchen wird aus Spenden finanziert.

Wir gratulieren im April zum Geburtstag

96. Wolfgang Huth

94. Gerhard Bzdak

92. Karin Jahn,
Helene Kalbhenn,

90. Konrad Liebig,
Wolfgang Ruben,
Erna Scharnhorst,
Wilfried Stöhr,

Anneliese Wendt

85. Magda Schmidt,
Asta Steindorf

80. Ingeborg Adameck,
Klaus Walter

75. Renate Beese

65. Holger Megow

Mietenwahnsinn in Treptow – Deutsche Wohnen enteignen?

Das Volksbegehren startet am 6. April

Ganz Berlin ist betroffen, auch Treptow: Große Immobilienkonzerne wie die Deutsche Wohnen mit über 100.000 Wohnungen in Berlin fahren satte Gewinne für ihre AktionärInnen ein, während viele MieterInnen über mangelnde Instandhaltung und explodierende Mieten klagen. Mittlerweile ist durch Anfragen der LINKEN bekannt geworden, dass städtische Wohnungsbaugesellschaften etwa doppelt so viel für die Instandhaltung ihrer Häuser ausgeben wie die Deutsche Wohnen. Diese investiert lieber in Modernisierungen, denn die Kosten hierfür kann sie auf die Miete umlegen. Weder im Bezirk noch im Land kann diese Form der Mieterhöhung allgemein unterbunden werden, denn sie wird durch Bundesrecht ermöglicht. Die Folge ist ein lukratives Geschäft für die AktionärInnen: 2018 lag der Jahresgewinn allein der Deutsche Wohnen bei 1,9 Milliarden Euro – erwirtschaftet auch auf dem Rücken der Berliner MieterInnen!

Die InitiatorInnen des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ sehen dadurch eine schleichende Enteignung der BerlinerInnen und wollen sich nun zur Wehr setzen, indem sie für die Enteignung von Immobilienkonzernen mit mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin kämpfen. Hierzu berufen sie sich auf Art. 15 des Grundgesetzes, der eine Ver- gesellschaftung von Grund und Boden

samt der darauf befindlichen Häuser ermöglicht. Dabei muss nicht zum Ver- kehrswert entschädigt werden, die Höhe der Entschädigung ist also poli- tisch festzulegen. Die Initiative schlägt für die insgesamt 243.000 zu enteignenden Wohnungen etwa 7–13 Milliar- den Euro als Entschädigung vor. Gut ein Fünftel müsste aus dem Landeshaushalt bezahlt werden, der Rest ist über Kredi- te zu finanzieren, die über die Mietein- nahmen abbezahlt werden. Die Belas- tung für den Landeshaushalt bleibt also verkraftbar, allein 2018 wies Berlin ei- nen Haushaltsüberschuss von 2,4 Milli- arden Euro auf. Mit den enteigneten Im- mobilien wäre ein weiteres Zehntel der Berliner Wohnungen in städtischer Hand, um damit bezahlbaren Wohnraum zu si- chern. DIE LINKE.Berlin unterstützt des- halb das Volksbegehren, das am 6. April beginnt. Sie wird in allen Bezirken aktiv Unterschriften sammeln, die bis zum 6. Juni in jeder Bezirksgeschäftsstelle und der Landesgeschäftsstelle abgege- ben werden können. Um über das Vor- haben zu informieren, laden die Abge- ordnete Katalin Gennburg und die BVV-Fraktion DIE LINKE am 9. April um 18:00 Uhr ins Rathaus Treptow ein. Dort werden sie mit einem Vertreter der Ini- tiative und allen Interessierten über das Vorhaben diskutieren.

■ ■ Moritz Warnke

Vorverkaufsrecht auch zugunsten von WBGs

Wohnungsbaugenossenschaften berücksichtigen

Wenn in einem Milieuschutzgebiet ein Haus verkauft wird, bekommt das Be- zirksamt die Gelegenheit, in dieses Ge- schäft einzutreten. Entweder unter- zeichnet der neue Eigentümer eine sogenannte Abwendungsvereinbarung, in der er sich den Zielen des Milieu- schutzes verpflichtet oder das Bezirks- amt kann stattdessen das Vorkauf- recht wahrnehmen.

Das Bezirksamt kauft in der Regel je- doch nicht mit eigenem Geld für das ei-

gene Portfolio, stattdessen wird das Vorkaufrecht zugunsten Dritter ausge- übt. Bisher erfolgt dies vor allem für städtische Wohnungsbaugesellschaften. „Für die städtischen Wohnungsbauge- sellschaften müssen sich diese Käufe jedoch an enge Kriterien für die Wirt- schaftlichkeit halten. Dadurch kommt bisweilen kein Kauf zustande, obwohl es auch keine Abwendungsvereinbarung gibt. So werden die Ziele des Milieu- schutzes unterlaufen. Gemeinwohlorien-

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin
Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792
bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag + Mittwoch 13.00 – 16.00 Uhr

Dienstag 10.00 – 18.00 Uhr

Donnerstag 10.00 – 16.00 Uhr

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)

13.00 – 15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Stefanie Fuchs, MdB

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 40 74 36 38

Fax (030) 40 74 36 39

kontakt@fuchs-stefanie.de

Öffnungszeiten:

Montag 10.00 – 16.00 Uhr

Di + Mi: nach Vereinbarung

Donnerstag 12.00 – 18.00 Uhr

Freitag 10.00 – 13.00 Uhr

Persönliche Termine aktuell nur
nach vorheriger Vereinbarung

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdB

Moosdorfstraße 7–9, 12435 Berlin

Tel. (030) 80 93 27 58

buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Öffnungszeiten:

Montag 14.00 – 17.00 Uhr

Mittwoch 10.00 – 17.00 Uhr

Sprechzeiten vor Ort: Jeden 3. Montag

im Monat von 14.30 – 16.00 Uhr sowie

nach Absprache (um vorherige Anmel-
dung wird gebeten)

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdB

Friedrichshagener Str. 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 65940 800

Fax (030) 65940 801

buergerbuero@carsten-schatz.de

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do 10.00 – 14.00 Uhr

Mittwoch 14.00 – 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57

Fax (030) 63 22 43 58

gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Mo 13.00 – 16.30 Uhr

Mi 13.00 – 16.30 Uhr

Kassenzeiten:

1. Donnerstag im Monat (Blättchentag)

13.30 – 16.15 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

„Karawane in das Abendland“

Deutsch-türkische Kunstausstellung in der Galerie

Unser Bezirk Treptow-Köpenick ist Teil der lebendigen, weltoffenen Metropole Berlin. Ein ganz praktischer Ausdruck dafür ist die Pflege von vielfältigen Beziehungen mit Städten und Kommunen in Deutschland, Europa und anderswo in der Welt. Jede dieser Städtepartnerschaften hat ihre eigene Geschichte, Bedeutung, Intensität und Ausrichtung. Und doch geht es bei allen Aktivitäten vor allem darum, dass sich Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen begegnen. Beispielhaft seien hier genannt Köln, Albinea in Italien, Cajamarca in Peru, Vezprém in Ungarn. Seit 2017 gehört auch Eskişehir-Tepebaşı dazu. Tepebaşı ist ein Landkreis der türkischen Provinz Eskişehir und außerdem ein nord-westlich gelegener Bezirk in der Großstadtkommune Eskişehir. Tepebaşı. Kunst und Kultur spielen in dieser Stadt eine ganz besondere Rolle. Ein ganz herausragendes Beispiel dafür ist das jährlich stattfindende „Terracotta-Symposium“, bei dem sich Künstlerinnen und Künstler aus der ganzen Welt treffen, um gemeinsam Kunstwerke aus diesem Material zu schaffen. Auch Künstlerinnen und Künstler aus Treptow-Köpenick waren schon dabei.

rinnen und Künstler aus der ganzen Welt treffen, um gemeinsam Kunstwerke aus diesem Material zu schaffen. Auch Künstlerinnen und Künstler aus Treptow-Köpenick waren schon dabei.



Eindruck von der konzentrierten Arbeit beim Terracotta-Symposium im September 2018

Die Arbeitsergebnisse dieses seit nun schon über zehn Jahren stattfindenden Ereignisses sind überall in der Stadt zu sehen. Aber die Kunstszene der Stadt ist sehr vielfältig.

Anfang April wird eine Delegation von Künstlerinnen und Künstlern aus unserer türkischen Partnerstadt unseren Bezirk besuchen. Aus diesem Anlass wird am 5. April in der Galerie Alte Schule Adlershof die deutsch-türkische Kunstausstellung „Karawane in das Abend-

Maifest auf dem Schlossplatz Köpenick mit Klaus Lederer, Petra Pau und Gregor Gysi

Musik von Ralph de Jongh & Max Joosten und Band, Vitis & Stier und Apfeltraum

1. Mai, 13 bis 18 Uhr

Europa nur solidarisch

DIE LINKE.

land“ eröffnet. Diese Ausstellung ist ein Höhepunkt der bisherigen Zusammenarbeit der beiden Kommunen. Sieben türkische Künstlerinnen und Künstler präsentieren ihre Werke gemeinsam mit Künstlerinnen und Künstlern aus Treptow-Köpenick: Malerei, Grafik, Plastik und Fotografie.

Die Vernissage findet Freitag, 05.04. um 20 Uhr mit Bezirksbürgermeister Oliver Igel und dem Bürgermeister von Eskişehir-Tepebaşı, Dr. Ahmet Ataç statt. Musik: Can Erdogan, Piano. Die Ausstellung ist bis 11.05 zu sehen.

■ Edith Karge

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

POLITIK UND ENGAGEMENT

Sa 6.4. | 10.30 Uhr Fröhschoppen Spindlersfeld, Kuba und die neue Verfassung, Gaststätte „Zum Hauptmann von Cöpenick“, Oberspreestraße 148, 12557 Berlin

Mo 8.4. | 14 Uhr Beratung der AG Senioren. Auswertung des Basistreffens des BV vom 1. April zur Weiterführung der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung der Europawahlen im Mai 2019. Fortsetzung der Debatte zur Vertiefung der seniorenpolitischen Schwerpunkte aus der März-Beratung unserer Arbeitsgemeinschaft. Veranstaltungsort: Geschäftsstelle Brückenstraße.

Di 9.4. | 18 Uhr „Gegen Mietenwahn in Treptow – Deutsche Wohnen & Co enteignen?“, eine gemeinsame Veranstaltung von Katalin Gennburg, Mda, und der Fraktion DIE LINKE in der BVV, u.a. mit Michael Prütz (Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“), Uwe Doering (BVV-Fraktion DIE LINKE), Katalin Gennburg, Mda

Mi 10.4. | 18 Uhr Bürgerforum zur Europawahl mit Gregor Gysi, Mittelpunktbibliothek Schöneweide, Michael-Brückner-Str.9, 12439 Berlin

Mo 29.4. | 18 Uhr „Die Ostdeutschen sind die Verlierer des Vereinigungs-

prozesses“ (aus dem Papier des Ältestenrates der LINKEN vom 24.01.2019). Wie geht die Partei damit um? Öffentliches Gespräch der Basisgruppe „Am Treptower Park“ mit der Berliner Landesvorsitzenden Katina Schubert. Lokal „Jawoll“ am Ärztehaus Plänterwald, Galileistraße 31, 12435 Berlin.

Mo 29.4. | 19 Uhr Berliner Kieze vs. Airbnb – Wahlkreisveranstaltung von Katalin Gennburg. Tausende Ferienwohnungen in Berlin sind Wohnzwecken entzogen und die Ferienwohnungsindustrie zieht stets massive Veränderungen in den Kiezen nach sich. Kungerkiez Galerie, Karl-Kunger-Straße 15, 12435 Berlin

Mi 1.5. | 13 Uhr Maifest auf dem Schlossplatz Köpenick mit Klaus Lederer, Petra Pau und Gregor Gysi und Musik von Ralph de Jongh & Max Joosten und Band, Vitis & Stier und Apfeltraum

RAT UND TAT

Mo 9.4. | 17 Uhr Rechtsanwalt Kay Fülllein führt eine kostenlose Beratung zu Sozial- und Mietrechtsfragen durch. Diese ersetzt keine anwaltliche Vertretung, es kann aber eine Einschätzung in Ihrer Angelegenheit gegeben werden und Sie

erhalten Tipps, welche Schritte zu unternehmen sind. Anmeldung per email (gregor.gysi@wk.bundestag.de) oder telefonisch (030-63224357) Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28

KULTUR UND UNTERHALTUNG

Fr 5.4. | 18 Uhr „Asyl suchen“ Der pakistanische Autor Noor Badshah liest persönliche Geschichten von Menschen, die nach Deutschland gekommen sind. Familienbegegnungszentrum Altglienicke, Köpenicker Straße 42

Fr 5.4. | 19 Uhr Vernissage: Hinter den Bäumen. Malerei und Zeichnungen von Annette Bremer-Langen. Die Künstlerin lebt und arbeitet in Berlin. Seit 2006 sind Landschaftsmalerei und Stadtansichten Schwerpunkt ihrer künstlerischen Arbeit. Die Ausstellung ist bis zum 31.5. zu sehen. Ort: Kulturbundgalerie Treptow, Ernststraße 14/16

So 7.4. | 18 Uhr Gipsy Fiesta, Der Gitarrist Jens-Peter Kruse alias „El Alemán“ und die Sängerin Karola Nitsch vom Roma-Ensemble „ALEKO“ im Konzert. Schlossplatztheater, Alt-Köpenick 31 (Eintritt 17,50 Euro / 13,10 Euro)

Fr 12.4. | 20 Uhr Autorenlesung für

Erwachsene mit Kerstin Otto – „Säk'sche Glassigger (Sächsische Klassiker)“. Mittelpunktbibliothek, Alter Markt 2.

Di 16.4. | 19 Uhr Lesung im Club: Ein Gang durch die Fontane-Stadt Neuruppin. Zum 200. Fontane-Geburts-tag: Alexander Bandilla bietet mit seiner Lesung aus Fontanes Werken einen literarischen Spaziergang durch Neuruppin. Ort: Kultur-Club, Ernststraße 14/16

Mi 17.4. | 19 Uhr „Asyl suchen“ Der pakistanische Autor Noor Badshah liest persönliche Geschichten von Menschen, die nach Deutschland gekommen sind. Kiezspindel Rudower Straße 37–39

KONFERENZEN UND SITZUNGEN

Mo 15.4. | 18 Uhr AG Mobilität, Bürgerbüro, Brückenstraße 28, 12439 Berlin.

Landesarbeitsgemeinschaften

So 7.4. | 15 Uhr LAG Wirtschaftspolitik, Roter Laden, Weidenweg 17, 10249 Berlin

Fr 12.4. | 18.30 Uhr LAG Partizipation und Flüchtlinge, Regionalgeschäftsstelle Nord, Fennstr. 2, 13347 Berlin

Mi 17.4. | 18 Uhr LAG Wissenschaftspolitik, Abgeordnetenhaus, Raum 553, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin